

Kraukauer Zeitung.

Nr. 93.

Montag den 24. April

1865.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraukau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Gesetz

vom 31. März 1865.

über den periodischen Personentransport, wirksam für das ganze Reich.

Mit Zustimmung der beiden Häuser Meines Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Art. I. Der Staatsvorbehalt des Personentransportes zu Wasser und zu Lande ist mit der Beschränkung aufgehoben, daß es verboten bleibt, auf Poststraßen, d. i. solchen Straßen, auf denen Poststationen bestehen, wie auch auf anderen Straßen, welche zur Umfahrung der Poststationen benützt werden können, Anstalten zur Beförderung von Reisenden mit Pferdewechsel an den von ihnen mitgebrachten Wagen (Extraposten) zu errichten oder zu unterhalten.

Art. II. Die Errichtung und der Betrieb von Privatunternehmungen periodischer Personentransporte auf Landstraßen, Binnengewässern, auf Canälen und auf dem Meere unterliegen den bestehenden Gewerbevorschriften und beziehungsweise den Seegesetzen.

Sie sind der Postanstalt gegenüber von jeder Verpflichtung und Abgabe befreit.

Art. III. Bei dem periodischen Personentransporte dürfen die Abzeichen der Staatspostanstalt, welche zu Wasser in der Postkapsel, zu Lande in dem Postkörbe und dem besonderen Dienstkleide bestehen, nur von jenen Privatunternehmungen angewendet werden, welchen hiezu ausdrücklich die Befugniß erteilt wird.

Art. IV. Die mit diesem Gesetz im Widerspruche stehenden Bestimmungen des Postgesetzes vom 5. November 1837, dann die besonderen Vorschriften über Messagerien und Stellfahren vom 30. December 1850 (Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1851, Nr. 1) werden außer Wirksamkeit gesetzt.

Art. V. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 20. December 1859 und 14. März 1860 (Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1859, Nr. 227 und Jahrgang 1860, Nr. 81), dann der Verordnung vom 27. März 1856 (Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1856, Nr. 46), über die Concessionirung der periodischen Personentransportsunternehmungen auf Poststraßen mit Pferdewechsel, werden dahin abgeändert, daß für solche Unternehmungen innerhalb eines Bezirkes die Gewerbebehörde erster Instanz, im Falle der Ausdehnung über mehrere Bezirke desselben Kronlandes die Gewerbebehörde zweiter Instanz und für Unternehmungen, welche sich über die Verwaltungsgebiete zweier oder mehrerer Kronländer erstrecken, die oberste Gewerbebehörde die Concession zu erteilen hat und daß hiebei ein vorläufiges Einvernehmen mit der Postbehörde nicht erforderlich ist.

Art. VI. Der Minister für Handel und Volkswirtschaft ist mit Durchführung dieses Gesetzes im Einvernehmen mit den beteiligten Centralstellen beauftragt.

Wien, am 31. März 1865.

Franz Joseph m. p.

Kaiser m. p. Herm. Graf Sclzy m. p.

S. Mazuranic m. p. B. Reichenstein m. p.

Für das k. k. Handelsministerium:

Kalchberg m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Freiherr v. Ranjonek m. p.

Freiherr v. Kellner Nr. 41, beim Infanterie-Regimente Graf Rheyndhüller Nr. 35;

Joseph Gurtz, des Kürassier-Regiments Alexander Prinz von Hessen und bei Rhein Nr. 6, beim Kürassier-Regimente Carl Prinz von Preußen Nr. 8;

Ernst Freiherr v. Boshmer, des Kürassier-Regiments Ludwig I. König von Baiern Nr. 10, beim Kürassier-Regimente Graf Stadion Nr. 9;

Friedrich Biegler v. Klipphausen, des Uhlanen-Regiments Alexander II. Kaiser von Rußland Nr. 11, beim Uhlanen-Regimente Graf Civalart Nr. 1;

Leopold Hofmann v. Donnerberg, des Artillerie-Regiments v. Husskreiter Nr. 10, im Regimente;

zu Obersten die Oberlieutenant:

Carl Ritter Tiller v. Turnfort, des Artillerie-Regiments, zweiter Bevollmächtigter bei der Bundesmilitärcommission zu Frankfurt am Main, und

Marimilian Turek, Commandant des Zeugartilleriecommando Nr. 1, beide in ihren Anstellungen;

zu Oberlieutenant die Major:

Georg John, des Infanterie-Regiments Graf Rheyndhüller Nr. 35, im Regimente;

Ferdinand Freiherr Tuml v. Aßprung und Hohenstadt, des Uhlanen-Regiments Graf Civalart Nr. 1, beim Kürassier-Regimente Carl Prinz von Preußen Nr. 8;

Johann Horváth v. Szalaber, des Kürassier-Regiments Carl Prinz von Preußen Nr. 8, beim Uhlanen-Regimente Graf Civalart Nr. 1;

Ludwig v. Flotow, des Kürassier-Regiments Ludwig I. König von Baiern Nr. 10, beim Kürassier-Reg. Graf Stadion Nr. 9;

Franz Graf Coronini-Varavic v. Gubar-Gronberg, des Kürassier-Regiments Alexander Prinz von Hessen und bei Rhein Nr. 6, Flügeladjutant des commandirenden Generals in Ungarn, mit der Bestimmung zur Einrückung beim Regimente;

Wilhelm Barth, des Artillerie-Regiments und Artilleriechef in Etrol, in seiner Anstellung;

Alis Radicki, des Feuerwehrgeschwadersartilleriecommando Nr. 16, beim Zeugartilleriecommando Nr. 1, und

Joseph Ritter v. Ughattin, Commandant des Zeugartilleriecommando Nr. 10, mit Befehlung auf seinem Dienstposten;

zu Majors der Hauptmann erster Classe:

Michael Voucar, des Infanterie-Regiments Graf Rheyndhüller Nr. 35, im Regimente;

die Rittmeister erster Classe:

Carl Beales, des Kürassier-Regiments Graf Stadion Nr. 9, beim Kürassier-Regimente Carl Prinz von Preußen Nr. 8;

Adolph Freiherr v. Schönberger, des Kürassier-Regiments Johann König von Sachsen Nr. 3, beim Kürassier-Regimente Kaiser Franz Joseph Nr. 1;

die Hauptleute erster Classe:

Franz Strobl, des Artillerie-Regiments Kaiser Franz Joseph Nr. 1, beim Küstenartillerie-Regimente Freiherr v. Stein;

Johann Reichardt, des Zeugartilleriecommando Nr. 1, bei diesem Commando;

Ignaz Ritter v. Purgay, des Artillerie-Regiments Ritter v. Hauslab Nr. 4, beim Artillerie-Regimente Freiherr v. Sturmit Nr. 5, leutnant mit Rangvorbehalt für seinen Vornamen, endlich der Commandant des Garnisonsspitals zu Czernowitz, Rittmeister erster Classe Wilhelm v. Bodhajtcki, zum Major und Commandanten des Garnisonsspitals zu Lemberg.

Ferner die Obersten:

Anton Czernat, Commandant des Artillerie-Regiments v. Husskreiter Nr. 10, zum Landesartilleriedirector für Mähren und Schlesien;

Johann Veranek, Commandant des Artillerie-Regiments Ritter v. Sig Nr. 11, zum Festungsartilleriedirector zu Mantua, und Johann Rohn Geler v. Reichsheim, Commandant des Zeugartilleriecommando Nr. 7, zum Landesartilleriedirector für Siebenbürgen, alle drei mit Uebersetzung zum Artilleriechef; den Major:

Heinrich Seyler, des Artillerie-Regiments Ritter v. Sig Nr. 11, zum Commandanten des Zeugartilleriecommando Nr. 7.

Uebersetzungen:

Der Oberst:

Johann Ritter v. Herle, Landesartillerie-Director zu Olmütz, in gleicher Eigenschaft nach Lemberg;

die Oberlieutenant:

Franz Pösch, vom Infanterie-Regimente Graf Rheyndhüller Nr. 35, zum Infanterie-Regimente Freiherr v. Kellner Nr. 41;

Ferdinand Otto Prinz Bentheim-Steynsfurt, vom Kürassier-Regimente Ludwig I. König von Baiern Nr. 10;

Andolph Wagner v. Wehrborn, vom Kürassier-Regimente Graf Stadion Nr. 9, zum Kürassier-Regimente Alexander Prinz von Preußen Nr. 8, im Regimente;

Ernst Fürst v. Windischgrätz, vom Uhlanen-Regimente Graf Civalart Nr. 1, zum Uhlanen-Regimente Alexander II. Kaiser von Rußland Nr. 11;

die Major:

Alexander Freiherr v. Hopfgarten, vom Kürassier-Regimente Kaiser Franz-Josef Nr. 1, zum Kürassier-Regimente Ludwig I. König von Baiern Nr. 10;

Nicolaus von Cubic vom 1. Banal-Gränzinfanterie-Regimente Graf Jellacic Nr. 10, zum Linieninfanterie-Regimente Graf Haugwitz Nr. 38;

Anton v. Sufich, vom Linieninfanterie-Regimente Graf Haugwitz Nr. 38, zum ersten Banal-Gränzinfanterie-Regimente Graf Jellacic Nr. 10;

Sava Davidovic, vom zweiten Banal-Gränzinfanterie-Regimente Nr. 11, zum Linieninfanterie-Regimente Erzherzog Wilhelm Nr. 12;

Carl Wellmond, vom Linieninfanterie-Regimente Erzherzog Wilhelm Nr. 12, zum zweiten Banal-Gränzinfanterie-Regimente Nr. 11;

Anton Adler v. Vetter, vom Artillerie-Regimente Richter Nr. 3, zum Artillerie-Regimente Freiherr v. Sturmit Nr. 5;

Karl Deller, vom aufgelösten Raketenregimente, zum Artillerie-Regimente Ritter v. Sig Nr. 11, und

Gregor Krobotin, vom Artillerie-Regimente Freiherr v. Sturmit Nr. 5, zum Zeugartillerie-Commando Nr. 4, mit der Bestimmung für den Füsilierposten zu Theresienstadt.

Benutzungen:

Der Oberst Anton Herrmann, Commandant des Kürassier-Regiments Graf Stadion Nr. 9;

der Major Leopold Hartovich, des Infanterie-Regiments Freiherrn v. Nagy Nr. 70, und

der Major Carl Kemyski von Rakoszy, Commandant des Garnisonsspitals zu Lemberg.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 24. April.

Bei der Abstimmung über den mittelstaatlichen Antrag in der Bundestags-Sitzung vom 6. April gab die XVII. Curie folgende Voten ab:

Freie Städte. Die Senate wünschen auf das Lebhafteste, daß dem Provisorium in Holstein und Lauenburg möglichst bald ein Ziel gesetzt werde und daß die Verhältnisse der Bundesländer in einer den Rechten und den deutschen Interessen entsprechenden Weise eine definitive Regelung finden mögen. Sie können jedoch, unter einmal obwaltenden Umständen, auch abgesehen von dem aus dem Mangel vorgängiger Prüfung durch den betreffenden Ausschuß sich ergebenden formellen Bedenken, dem vorliegenden Antrage nicht beitreten und in dessen Annahme eine praktische Förderung jenes Zieles nicht erkennen; sie sind vielmehr überzeugt, daß eine wünschenswerthe Erledigung dieser ganzen Angelegenheit, schon wegen ihres unzertrennten Zusammenhanges mit den Verhältnissen des außerhalb des Bundes liegenden Herzogthums Schleswig nur auf dem Wege einer Verständigung des Bundes mit den beiden deutschen Großmächten und dieser beiden unter sich herbeigeführt werden könne. Jedem hierauf gerichteten sachgemäßen Antrage würden die Senate gern ihre Zustimmung erteilen haben; den vorliegenden können sie auch jetzt noch nur zur Verweisung an den Ausschuß geeignet halten.

Für Frankfurt. Der Gesandte ist beauftragt, dem Antrage von Bayern, Sachsen und Herzogthum Hessen, unter Bezugnahme auf die Abstimmung für Frankfurt vom 25. Februar 1864 (S. 80 und 21. Juli 1864 (S. 212) zuzustimmen, jedoch mit Rücksicht darauf, daß durch Beschluß der Bundesversammlung vom 21. Juli 1864 der Erbprinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg um Einreichung einer seine Successionsansprüche begründenden Nachweisung ersucht und die eingereichte Nachweisung durch Beschluß vom 1. September 1864 (S. 233) dem Ausschusse für die holstein-lauenburgische Verfassungs-Angelegenheit zugewiesen worden ist — einer Verweisung des vorliegenden Antrages an denselben Ausschuß nicht entgegen zu sein.

Für Hamburg. So dringend der Senat die baldige definitive Regulirung der Verhältnisse der Herzogthümer nach den Forderungen des Rechts und der Interessen des gesammten Deutschlands herbeiwünscht, so kann er dennoch dem von den Regierungen von Baiern, Königreich Sachsen und Großherzogthum Hessen gestellten Antrage, da derselbe seiner Ansicht nach dem Gange und der Lage der Verhandlungen am Bundestage nicht entspricht, zu seinem Bedauern nicht zustimmen.

Eine preussische an den Baron Werther zu richtende Depesche in Erwiderung der österreichischen, die am 14. April in Berlin vorgelesen wurde, soll in diesen Tagen zu erwarten sein. Von der Antwort war bekanntlich vermutet, daß sie namentlich an Oesterreichs Bereitwilligkeit, die preussischen maritimen Forderungen anzuerkennen erinnern werde.

Eine Berliner tel. Dep. der Schles. Ztg. vom 21. d. meldet: Die preussische Antwortdepesche in Betreff der Marine ist wie versichert wird, in den letzten Tagen abgegangen. Sie soll Befremden über die Beschwerde Oesterreichs ausprechen und die Verwerthung der natürlichen Vortheile des Landes für die Marine und Aehnliches durch die gegenwärtigen Souveraine als selbstverständlich bezeichnen. Diefelbe Verwerthung stehe auch Oesterreich frei, das Preussens maritime Forderungen als begründet schon anerkannt habe und seinerseits die Besatzungen verstärken könne.

Die „Const. Dst. Ztg.“ bringt zur Kieler Hafenfrage noch folgende nähere Mittheilungen: Das preuss. Cabinet hat sich nicht darauf beschränkt, zu erklären, daß es durchaus nicht in seiner Absicht liege, die sich aus dem Condominium ergebenden Rechte Oesterreichs irgendwie zu alteriren, sondern es hat auch die bekanntesten Aeußerungen des Kriegsministers Grafen v. Roon förmlich dementirt. Die Annahme, daß Preußen den Kieler Hafen in Besitz nehmen und dort Befestigungen errichten wolle, wurde als durchaus unbegründet bezeichnet und hinzugefügt, daß Preußen an den Bestimmungen des Wiener Vertrages unter allen Umständen festhalten werde. Die Erklärungen des preuss. Cabinets lassen demnach nichts zu wünschen übrig. Wenn hin und wieder die Behauptung ausgesprochen wird, daß Preußen dem diesseitigen Cabinet durch die nachträgliche Einholung seiner Zustimmung zur Verwirklichung der Marineprojecte im Kiel eine amende honorable gibt, die Pläne der preuss. Politik aber durch diesen Act der Deferenz Seitens des Berliner Cabinets nicht die geringste Beeinträchtigung erfahre, so möchte die „Dst. Ztg.“ daran erinnern, daß es, insoweit nicht die holsteinischen Verhältnisse definitiv geordnet sind, bei dem Condominium und allen seinen Konsequenzen bleiben

wird, daß daher auch insoweit von der alleinigen Besignahme des Kieler Hafens durch Preußen keine Rede sein kann.

Ueber Rußlands Stellung zu dieser Frage schreibt die „Moskauer Zeitung“ vom 15. April: Würde eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Oesterreich und Preußen in der Oberherzogthümerfrage unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gleichbedeutend sein mit Nachgiebigkeit von Seite Oesterreichs? Vor mehreren Wochen machte die deutsche „Petersburger Zeitung“ die sonderbare Aeußerung, daß, nachdem nun einmal die Herzogthümer von Dänemark losgerissen sind, es für Rußland ganz gleichgiltig sei, ob sie in den Händen Preußens oder der deutschen Demokratie bleiben. Fürwahr man muß sehr kurzfristig sein, wenn man den großen Unterschied nicht sieht, der für Rußland in der einen oder andern Lösungsart liegt. In den Händen der Demokratie werden die Herzogthümer schwach sein, folglich wenig gefährlich. Aber in den Händen Preußens, mit dem vortrefflichen Kieler-Hafen, mit der Möglichkeit, eine bedeutende Flotte in das baltische Meer zu bringen und mit dieser Flotte sich den freien Austritt in das deutsche Meer zu sichern, das ist für Rußland eben so viel wie ein verunglückter Feldzug. Das Resultat einer solchen Errungenschaft Preußens wäre, daß es auf dem baltischen Meere, dort wo jetzt Rußland dominirt, nach und nach seine Macht befestigen und dann ganz Nord-Deutschland verschlingen würde, in jedem Falle aber wäre das bisherige Gleichgewicht zum Schaden Rußlands alterirt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt die Nachricht, daß zwischen den Cabineten von Wien und Berlin ein Uebereinkommen getroffen worden sei, wonach die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände erst stattfinden solle, wenn sich die deutschen Großmächte über die schließliche Regelung der dortigen Verhältnisse verständigt haben würden, für vollständig erdichtet. — Dasselbe Blatt zufolge war im vorgestrigen Ministerrathe die Herzogthümerfrage an der Tagesordnung. Nach dessen Ergebnis sei die Vorlage wegen der Kriegskosten und die Denkschrift über die Herzogthümerfrage sobald nicht zu erwarten.

Zu der Nachricht aus Geestemünde, bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Die österreichische Schiffe würden neben den preussischen gute Nachbarschaft halten. Dasselbe Blatt bemerkt zu der Nachricht, daß Kaiser Napoleon um milde Bestrafung der nordschleswigschen Petitionäre gebeten habe: dieselben hätten nur dasselbe gethan, wie Derjenige, welcher die Hoffnung auf den Thron der Herzogthümer noch nicht aufgegeben hat.

Nach der „Zeidler'schen Correspondenz“ findet jetzt unter den Kronsyndicis ein Meinungsaustrausch über die Erbfolgefrage statt.

Ueber die Anerbietungen des Herzogs Friedrich liegen drei bis vier Lesarten vor. Die „Correspond. Zeidler“ vom 21. d. sagt, der Herzog habe in einem Schreiben an Herrn v. Ahlefeld die preussischen Forderungen im Wesentlichen angenommen, was also noch weiter ging, als die bekannten Nachrichten von Augustenburger Seite. Während die „Nordd. Allg. Ztg.“ Unterhandlungen mit dem Herzog widerbolentlich in Abrede stellt, versichert die officielle „Oesterr. Const. Z.“, der Herzog habe jene vermeintlichen Concessionen zuerst in Wien mitgetheilt, wo sie gebilligt worden seien. Die Natur derselben ist dadurch genau genug bekannt.

Mit der Uebergabe des „Lebens Julius Cäsars“ durch den Botschafter in Berlin soll kein autographes Schreiben des Kaisers verbunden gewesen sein, die übliche schriftliche Widmung ist, wie versichert wird, auf der ersten Seite des Werkes enthalten.

Ein Correspondent der „R. Z.“ berichtet von einem neuerlichen Unterredung, welche der Papst mit dem französischen Gesandten, Grafen Sartiges, hatte. Die Unterredung nahm etwas mehr als eine halbe Stunde in Anspruch und sollte den Papst über gewisse Eventualitäten beruhigen, die man in Rom nach dem Abzuge der Franzosen für unvermeidlich hält. Als Graf Sartiges, wie es der Gegenstand der Unterredung mit sich brachte, mehrmals auf den Entschluß Napoleon's, die September-Convention so oder so zu verwirklichen, zurückkam, der Papst aber unangenehm davon berührt schien, suchte er seine Aufregung durch die Zusicherung jederlei Schutzes zu besänftigen. Da bemerkte der Papst lebhaft: „Faites vite!“ Der Correspondent des Kölner Blattes fügt bei: „Ob der französische Gesandte Sr. Heiligkeit bei der Gelegenheit eine officielle Mittheilung über die Additional-Artikel zu der September-Convention machte, worin Victor Emanuel eine kategorische Ver-

*) Enthalten in dem am 22. April 1865 ausgegebenen VII. Stücke des Reichsgesetzblattes unter Nr. 25.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:
Kaiser Erzbischof Kunz! Ich finde Sie zum Mitgliede Meiner ungarischen Septemvirkaltafel in Gnaden zu ernennen.
Wien, am 18. April 1865.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 14. März d. J. den Supplenten für geometrisches und Maschinenzeichnen in Padua, Dr. Andreas Hesse, zum Professor dieses Faches allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 7. April d. J. die Lehrstühle der mechanischen Technologie am k. k. polytechnischen Institute in Wien dem Adjuncten der Lehrfächer der höheren Mathematik an der Wiener Universität Dr. Ignaz Heger allergnädigst zu verleihen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armer.

Ernennungen und Beförderungen:

Zu Generalmajors die Obersten:

Joseph Kampner, Commandant des Infanterie-Regiments Graf Rheyndhüller Nr. 35, und

Friedrich Rupprecht v. Virtsolog, des Husaren-Regiments Carl Prinz von Baiern Nr. 3, und Cavallerietruppenbrigadier, letzterer mit Vorbehalt des Ranges für seine zur Beförderung geeigneten Vornamen;

zu Obersten und Regiments-Commandanten die Oberlieutenant:

Wilhelm Freiherr v. Baillon, des Infanterie-Regiments

zichleistung auf den heutigen Kirchenstaat und Rom niedergelagt haben soll, kann ich nicht mit Gewissheit versichern, will es aber als Gerücht erwähnt haben. Was immer die Folge dieser letzten Besprechung sein wird, ich glaube, im Vatican bereitet sich angesichts der Entschiedenheit des Willens in Paris eine Umstimmung vor, die mit einem, wenn auch nur provisorischen, Acte des Ausgleiches mit dem Könige Victor Emanuel endigen dürfte. Auf dem Wege dahin sind freilich noch viele und große Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ueber die Mission Begezzi's, des Abgesandten der Turiner Regierung, der sich gegenwärtig in Rom befindet, geht dem „Vaterland“ neuestens folgende Mittheilung zu: Er hat dem heiligen Vater eine Art Ultimatum zu überreichen, mit welchem zugleich der Brief des Papstes an Victor Emanuel beantwortet werden soll. Wenn der heilige Vater die Convention anerkennt, so würde das Gesetz über Aufhebung der Klöster und Einziehung der Kirchengüter zurückgenommen, zugleich die Bischöfe in ihre Diöcesen wieder eingeführt, die erledigten Stühle aber besetzt werden. Welche Antwort Begezzi im Vatican finden wird, brauchen wir nicht erst zu sagen, fügt das Vaterland dieser Nachricht hinzu. Auch wir glauben, daß die Monotonie des Non possumus jetzt noch nicht unterbrochen wird. Ob Verjigny in Rom mit größerem Glücke operirt haben wird, wäre ebenfalls zu bezweifeln. Interessant ist jedoch die jetzt mit Bestimmtheit auftretende Nachricht eines kaiserlichen Blattes aus Wien, nach welcher unser Botschafter in Rom dem Cardinal Antonelli eröffnet haben soll, daß man hier in der Uebertragung der Zinsenzahlung für einen Theil der päpstlichen Staatsschuld auf den italienischen Nachbar kein Rechtszustand an den letzteren, überhaupt kein principiell präjudiz, sondern nur eine momentane, pflichtschuldige Leistung des factischen Inhabers päpstlicher Landestheile erblicken würde, — eine Leistung welche der Heilige Stuhl zur Erleichterung seiner Finanzlast, unbeschadet seiner Rechte, von sich abwählen könnte. Die Finanzfrage ist überhaupt diejenige, an welche man den Faden der Ausgleichs-Verhandlungen zwischen Rom und Neu-Italien anzuknüpfen hofft. Es steht dahin, ob die Hoffnung jemals erfüllt werden wird.

Aus Lissabon meldet das „Vaterland“: Die portugiesische Regierung habe das Exequatur der päpstlichen Encyclica vom 8. December verweigert, und da die Bischöfe sämmtlich auf der Seite der Regierung stehen, so hatte keiner von ihnen die Encyclica veröffentlicht. Ein Pfarrer im Erzbisthum Braga publicirte die Encyclica, erhielt aber vom Erzbischof einen Verweis, weil eine Encyclica nicht publicirt werden könne, ehe sie nicht die königliche Approbation erhalten.

In Madrid finden noch immer Zusammenrottungen statt. Man befürchtet, wie der „R. Z.“ geschrieben wird, auf der spanischen Botschaft in Paris jeden Augenblick die Nachricht von dem Ausbruch eines allgemeinen Aufstandes und der Flucht der Königin zu erhalten.

Mazzini hat neue Instruktionen an seine Anhänger erlassen und seinen ganzen Verschwörungssaparat in Bewegung gesetzt. Die Instruktion trägt seine Unterschrift mit einem Stempel, der die Römischen Fasces mit den Initialen F. S. und den Worten Direzione centrale enthält, welche mit den Buchstaben: I. R. U. D. P. umgeben sind. Diesmal soll hauptsächlich das Landvolk und die Armee bearbeitet und „das Reg der Verschwörung bis in die kleinsten Localitäten ausgedehnt werden.“ Krieg gegen Oesterreich ist die Parole, Benedict muß genommen werden, mit wem und unter welcher Fahne dies auch geschehe. Rom darf nur durch die Republik genommen werden. Die zu sammelnden Summen müssen von der Centraldirection an ihn abgeliefert werden. Der Schluß der Instruktion lautet: „Arbeit in der Armeel! Apostolat unter dem Landvolk! Organisation, Toleranz, Disciplin, Geheimhaltung. Die Zukunft ist unser.“

Ueber das neueste Rundschreiben Gorczakows ist die „R. Fr. Pr.“ in der Lage nachstehende nähere Mittheilung zu machen: Das Circular, welches vom 26. März (7. April) datirt ist, enthält durchaus keine auf den eingeführten oder einzuführenden Rechtszustand in Polen Bezug habende Andeutung, sondern erwähnt einfach, um die an den fremden Höfen accreditirten russischen Repräsentanten in den Stand zu setzen, über die erwähnten Vorkommnisse allfällige Aufklärungen zu geben, der Umstände und Thatsachen, welche die letzten Verhaftungen in Warschau herbeigeführt haben. Das Rundschreiben sagt, daß das revolutionäre Comité in Paris in der letzten Zeit in der That neuerdings Agenten nach Warschau geschickt hat, denen jedoch die General-Polizei des Königreichs sofort auf dem Fuße war; daß dieses neue revolutionäre Comité, welches aus fünf Mitgliedern bestand und sich den Titel „National-Regierung“ beilegte, auch einige übrigens unbeachtet gebliebene Proclamationen drucken ließ, und daß es ein Mitglied in die Provinzen entsenden hatte, um Anhänger anzuwerben. Zwei andere von demselben Pariser-Comité nachgeschickte Personen, Danilewski, als Commissar dieser sogenannten National-Regierung, und Sawa, letzterer mit der Verwendung der der Emigration zu Gebote stehenden Gelder und Waffen betraut, wurden ebenfalls, nachdem man sie in Warschau eine Zeit lang beobachtet hatte, zugleich mit einigen anderen Individuen derselben Kategorie von der Polizei aufgegriffen und dem Gerichte übergeben, um die weitere Untersuchung abzuführen. Dies der Inhalt des Gorczakows Rundschreibens in dieser Angelegenheit. Einer Nachricht des „Vaterland“ zufolge wäre der päpstliche Nuntius von Mexico abberufen worden. In Mexico ist ein juristisches Corps unter

Negrete in Simloa eingefallen; Bazaine will vor Ende April einen Feldzug gegen dasselbe eröffnen. Der Widerstand der Geistlichkeit in Mexico wächst.

Zwei Parteiführer, Palachy und Deak, schreibt die „Const. Dst. Bz.“, haben soeben in Fragen, welche ihre Länder und das Reich betreffen, ihre Stimmen erhoben. In folgenden zwei Sätzen manifestirt sich der Gegensatz, welcher zwischen den Anschauungen dieser beiden Männer und ihrer Parteien besteht, auf's Schärffste. Hr. Palachy erzählt nämlich in seinen Aufsätzen über die „österreich. Statuten“, daß er und seine Genossen der Regierung seinerzeit erklärten: „wenn Oesterreich den Slaven die Gleichberechtigung nicht gewähren könne oder wolle, so liege ihnen auch nichts an der Erhaltung des Reiches.“ — Hr. v. Deak dagegen sagt: „der feste Bestand des Reiches ist ein Ziel, welches wir keiner andern Rücksicht unterzuordnen wünschen.“

77 Krakau, 24. April.

[Organisation der hiesigen israelitischen Cultus-Gemeinde.]

Das Senatsstatut vom Jahre 1817 enthält die gesetzlichen Bestimmungen, wodurch die Verhältnisse der hiesigen Israeliten überhaupt und die Angelegenheiten der Cultus-Gemeinde insbesondere geregelt werden. In letzterer Beziehung enthält das erwähnte Statut nur sehr wenige Bestimmungen. Der Grund hieran lag bei der Erlassung dieses Gesetzes daran, weil der größte Theil der Gemeinde-Angelegenheiten, wie bis auf den heutigen Tag, nicht durch die Gemeinde selbst, sondern durch die jeweilige Stadtbehörde besorgt worden ist.

Gegenwärtig, wo die Autonomie den politischen Gemeinden durch das neue Gemeindegesetz gewährleistet ist, beabsichtigt die hiesige israelitische Cultus-Gemeinde ihre Angelegenheiten durch ihre gewählten Organe selbst zu besorgen.

Zu diesem Ende wurde von der bisherigen Gemeindevertretung ein Statutenentwurf verfaßt und hohen Orts zur Genehmigung vorgelegt; derselbe erhielt jedoch nicht die hohe Sanction und wurde zur gründlichen Berathung rückgeschickt.

Damit jedoch das künftige Gemeindestatut den Bedürfnissen aller Classen der israelitischen Bevölkerung entspreche, wurde behufs der Berathung desselben das gegenwärtige aus 5 Mitgliedern bestehende Gemeinde-Comité durch 20 Beiräthe, die allen Classen der Bevölkerung entnommen wurden, verstärkt.

Diese auf solche Art verstärkte Gemeindevertretung hielt am 20. April l. J. in ihrem eigenen Amtlocale die erste Generalversammlung. Zur Leitung der Verhandlungen über das Gemeindestatut sowie über die Regelung des Gemeindehaushaltes und des Finanzwesens wurde von Seite des Magistrates in Vertretung des Herrn Magistrats-Präsidenten der Herr Magistratsrath Bernowski delegirt, der diese Sitzung mit der nachstehenden Ansprache an die fast vollständig anwesenden Glieder der Gemeinde-Repräsentanz eröffnete:

Meine Herren!

Eine jede Gesellschaft, welche bestimmte Zwecke zu erreichen sich erstrebt, muß ihre Thätigkeit nach gewissen Grundsätzen regeln, weil sonst ihr Wirken planlos ist, und sie bei Realisirung ihrer Zwecke ohne Zweifel mit mannigfaltigen Hindernissen und Anständen zu kämpfen hat.

Jede Gemeinde, ob politisch oder religiös, ist auch eine Gesellschaft und zwar von einem weit größeren Umfange. Jede Gemeinde hat verschiedene wichtige Zwecke zu erreichen und mannigfaltige Pflichten zu erfüllen.

Sie muß, um ihre Bestimmung als solche zu erfüllen, einen Organismus annehmen, und für das Handeln ihrer Organe gewisse unumwandelbare Principien aufstellen, welche den letzteren als eine sichere Richtschnur für ihre Amtsthätigkeit zu dienen haben.

Die israelitische Cultus-Gemeinde besitzt zwar ein Statut, welches ihre Gemeinde-Verhältnisse regelt; allein das selbe ist für die Gegenwart in dieser Hinsicht nicht mehr ausreichend, es ist durch den Fortschritt der Zeit, so zu sagen, weit überholt worden, es ist zum größten Theile unpraktisch geworden.

Die Folge hiervon ist, daß die Organe der Gemeinde ohne ein Statut die Angelegenheiten derselben mehr nach ihrem Gutdünken und nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu besorgen anstreben.

Unter solchen Umständen geschieht es in der Regel, daß zwischen den Organen der Gemeinde und den Gemeindegliedern Divergenzen entstehen, die nicht selten beklagenswerthe Folgen mit sich bringen.

Ein solcher Zustand in einer Gemeinde kann kein geregelter genannt werden, ein solches Gemeindeglied ist kein gesundes, es ist ein chronisches Siechtum.

Ein solcher Zustand in dem Gemeindegliede wird von keinem Bürger gewünscht; es ist daher hoch an der Zeit, daß die israelitische Cultus-Gemeinde sich organisire, damit sie bei geregelten Verhältnissen ihre obliegenden Gemeindepflichten gewissenhaft erfüllen kann.

Zur Durchführung dieser Gemeindeorganisation werden Sie, meine Herren, von der Stadtabrigkeit berufen, Ihnen wird die ehrenvolle Aufgabe zu Theil, den von mir mitgetheilten Statutenentwurf mit Berücksichtigung aller Verhältnisse der Gemeinde mit aller Eingringlichkeit zu beraten und jene Grundsätze festzustellen, welche den künftigen Gemeindeorganen als unumwandelbares Gesetz zur Richtschnur dienen sollen.

Dies ist, meine Herren, der eine wichtige Gegenstand, dem Sie Ihre volle Aufmerksamkeit schenken wollen.

Ein ebenso wichtiger Gegenstand ist die Regelung des Gemeindehaushaltes in Ihrer Gemeinde.

Die Gemeinde hat mehrere wichtige Zwecke zu realisieren, die einen nicht unbedeutenden Geldeaufwand mit sich bringen. Die Hauptzwecke sind: die Kranken und Armen zu versorgen und gewisse Cultusbedürfnisse zu decken. Auch harret das neue Spitalsgebäude, sowie auch das Gemeinde-Bathhaus seiner endlichen Vollendung.

Die Finanzen der israelitischen Cultus-Gemeinde sind keiner Prosperität erfreuen, brauche ich Ihnen nicht weiter auseinander zu setzen. Kurz gesagt, der Gemeindefond befindet sich in einem permanenten Banquerott.

Die Bedeckung der Gemeindebedürfnisse erfordert einen Aufwand von circa 30,000 fl. jährlich, und dazu hat die Gemeinde ein stabiles Einkommen von 1060 fl.

Der Kofschers- und Geflügelauflage sind mehr als problematische Einkommensquellen, die directe Umlage ist mit einer Ziffer von 43,000 fl. im Rückstand, wovon nur ein Theil durch Sequestrationsmittel eingetrieben werden kann.

Eine solche Finanzlage, meine Herren, ist untrüglich, und kann von Seite der vorgelegten Behörden nicht länger gebuldet werden, und auch Sie können als gute Bürger einen solchen Zustand nicht länger zulassen; denn bei einer solchen Gebahrung müssen alle Gemeindeglieder dem sicheren Verfall entgegengehen.

Ich will hier nicht alle die Ursachen dieses traurigen Finanzzustandes näher kennzeichnen; allein eine der Hauptursachen dieser Calamität muß ich erwähnen: es ist der gänzliche Mangel an Gemeinfinn, ein unverzeihlicher Indifferentismus gegen die Realisirung der Gemeindegewinne und die Erfüllung der Gemeindepflichten bei den meisten Ihrer Genossen.

Die Aufdeckung neuer und ausgiebiger Quellen des Gemeinde-Einkommens, die gehörige Ausnützung derselben ist, meine Herren, die weitere Aufgabe, mit deren Lösung Sie sich zu beschäftigen haben werden.

Diese Aufgabe ist schwierig; allein sie kann und muß gelöst werden. Mit vereinigten Kräften, mit Muth, gutem und festem Willen lassen sich große Ziele erreichen.

Nachdem ich den wichtigen Zweck Ihrer Berufung und Ihrer Thätigkeit im Kurzen dargelegt habe, erkläre ich die Versammlung der verstärkten Gemeindevertretung als constituirte.

Wollen Sie nun, meine Herren, an die Lösung dieser für Ihre Gemeinde so wichtigen Aufgabe mit ungeschwächtem Muth und Ausdauer die Hand anlegen, und ich wünsche vom Herzen, daß Ihre mühevollen Arbeit mit einem günstigen Resultate gekrönt werde.

Hierauf werden die Gemeindegeschäfte in 4 Sectionen eingetheilt und zwar: a) in die Section des Cultus, b) des Unterrichtes, c) der Wohlthätigkeits-Anstalten, d) der Finanzen und Oekonomie.

Jeder dieser Sectionen wurden die nöthigen Mitglieder aus der verstärkten Gemeindevertretung durch Wahl zugewiesen.

Nach vollzogener Wahl legte der Herr Magistratsrath Bernowski der neu constituirten Gemeinde-Repräsentanz ein von ihm kurz verfaßtes Programm zur Regelung des Gemeindehaushaltes vor, wornach die erste Sitzung geschlossen wurde.

△ Wien, 20. April. [Der allgemeine österreichische Zolltarif.] Der Zolltarif, der wegen der langwierigen österreichisch-preussischen Vertrags-Unterhandlungen dem Abgeordnetenhaufe so spät vorgelegt werden konnte, wird nun in dem diesbezüglichen Ausschusse in Vorberathung gezogen werden. Wenn Oesterreich nicht zu dem im Art. 4 des Februervertrages gebotenen Hilfsmittel greifen und ein interimistisches Zwischenzoll-System einrichten will, so muß der Tarif bereits am 1. Juli activirt werden, da mit diesem Tage die niedrigeren Zollsätze des französisch-preussischen Handelsvertrages Frankreich gegenüber zur Geltung kommen. Dadurch aber wäre Oesterreich offenbar benachtheiligt, ohne Ersatz zu finden und der Reichrath sieht sich in Folge dessen in die Nothwendigkeit versetzt, die Verhandlung über den neuen Tarif mit aller Beschleunigung durchzuführen, wenn er überhaupt die Entscheidung nicht vertagen und provisorische Bestimmungen empfehlen will.

Der Gesetzesentwurf, der dem Abgeordnetenhaufe vorliegt, besteht aus 14 Artikeln und der Zolltarif-tabelle, ihm ist auch eine Durchführungsvorschrift beigegeben, die sich auf die Art der Anwendung des Gesetzes bezieht und den Charakter einer rein administrativen Anordnung an sich trägt. Der neue Zolltarif erfährt selbst insofern eine Vereinfachung, als er in zwei Haupttheile zerfällt, wovon der eine für die Einfuhr 66 Abtheilungen, der andere für die Ausfuhr 2 Abtheilungen enthält, während der bisherige Tarif 80 Abtheilungen zählte. Jede Waare unterliegt in der Regel dem Einfuhrzolle; die Ausnahmen sind im Tarife enthalten und bleiben die Bestimmungen der Zollbefreiung für Vieh, das zur Weide oder Arbeit, Getreide, das zur Vermahlung eingeführt wird, ferner Gegenstände auf ungewissen Verkauf oder Durchfuhrgegenstände aufrecht. Ein Durchfuhrzoll besteht gar nicht; ein Ausfuhrzoll nur für Felle und Häute, Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrication, dann Knochen, Klauen, Füße und Hautabschnitzel. Mit Ausnahme von Kochsalz, Schießpulver und Tabak können alle Waaren ohne besondere Genehmigung ein-, aus- und durchgeführt werden. Gehen wir auf das Wesen der Sache über, so finden wir, daß das Princip der Gewichtszölle wie bisher beibehalten wurde, obgleich die Vertreter der schugbedürftigen Industrien seinerzeit für die Einführung der Werthzölle plaidirten und glaubten, daß dadurch die Arbeit geschützt werde. Diesen beabsichtigten Punkt zu erreichen sind die Werthzölle nicht im Stande; überdies, wenn wir alle Gründe erwägen, welche für die Gewichtszölle sprechen, ist gar nicht zu zweifeln, daß sich nach und nach die Gewichtszölle in der ganzen Welt Bahn brechen werden. Was die Zollherabsetzungen betrifft, so sind diese in dem neuen Tarife ziemlich bedeutend, ohne daß etwa behauptet werden könnte,

die Richtung der mäßigen Schutzzölle sei aufzugeben und dem freihändlerischen Principe etwa gehuldigt worden. Ueberhaupt beruht dieser Tarif auf dem Grundsätze, daß das System der Differenzzölle in Zukunft verlassen werden und ein und derselbe Tarif den gesammten Außenverkehr reguliren soll. Diese Zölle gelten nun für alle Grenzen gleichmäßig. Die kleinen Differentialzölle, die darin vorkommen, betreffen entweder die österreichischen Zollauschlüsse oder solche Positionen, die vertragsmäßig aufrechterhalten werden müssen. Nur nach einer Richtung muß eines Differential-Zolles gedacht werden, und zwar über die Grenzen der Zollvereinsstaaten aus dem freien Verkehr der letzteren. Diese Positionen, die überdies nicht sehr zahlreich sind aber aus dem Grunde aufgenommen, weil sie eben jetzt in Berlin Gegenstand der Beratungen sein sollen. Von Wichtigkeit erscheint uns der Artikel XII. des Gesetzesentwurfes, auf den wir zum Schlusse hinweisen zu müssen glauben, und der da bestimmt, daß Erzeugnisse derjenigen Staaten, welche österreichischen Schiffen und Waaren die Befahrung auf dem Fuße der begünstigtesten Nation verjagen, mit einem um 40 pCt. höheren Tarif und wo Zollfreiheit ausgesprochen ist, mit dem Zoll von 75 fr. pr. Zollcentner belegt werden. Sollten aber überwiegende Gründe für die Aufrechterhaltung der einen oder der andern der bisher bestehenden localen Befreiungen oder Begünstigungen sprechen, so bestimmt der folgende Art. XIII., daß die Ministerien der Finanzen und des Handels ermächtigt werden, im gegenseitigen Einverständnisse die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Was nun der Art. XII. will, ist nichts denn einen Differentialzoll, der uns auch vollkommen gerechtfertigt erscheint, und er hat, ohne nach irgend einer Seite hin einen Schaden zuzufügen, den Zweck, alle bedeutenderen Staaten, denen ein Verkehr mit uns nicht auf dem Standpunkte der begünstigtesten Nationen stehen, anzuspornen und aufzumuntern, mit uns in Vertragsverhältnisse zu treten. Uebrigens scheint die Regierung durch diesen Artikel schon jetzt für ein Mittel vorgedacht zu haben, welches, wenn einmal ein passiver Verkehr mit den diesbezüglichen Staaten sich entwickeln sollte, auch die baldigste Erleichterung des activen Verkehrs in Aussicht stellt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. April. Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Maria Annunziata, Gemalin Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Carl Ludwig, ist gestern, den 21. d. M., um halb 12 Uhr Mittags eines gesunden kräftigen Prinzen genesen. Das Befinden der höchsten Frau ist in Anbetracht der Umstände sehr wohl. Se. Majestät haben sich gestern Abends nach Graz begeben, um der heiligen Taufe des neugeborenen Sohnes Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Carl Ludwig als Pathe beizuwohnen.

Ihre Majestät die Kaiserin-Wittve Karolina Augusta ist gestern Früh nach Prag abgereist.

HM. Fürst Edmund Schwarzenberg ist gestern aus Berlin, wo er der Grundsteinlegung zum Duppel-Denkmal beizuwohnt, zurückgekehrt.

HM. Ritter von Benedek ist nach Verona zurückgekehrt.

Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Freiherr v. Raule ist nach Dresden abgereist, um die unter seinem Vorsitze tagende Bundesconferenz für ein allgemeines deutsches Obligationenrecht neuerlich zu eröffnen.

Die Inruhestandverweisung des Generals Grafen Coronini, schreibt der Wiener Brief-Corresp. der „Schl. Z.“, kann Ihnen, wenn auch die Nachricht der heutigen „Neuen freien Presse“, daß die Auditionen bei den Militärgerichten in Ungarn bereits verständig worden seien, mit dem 1. Mai ihre Thätigkeit einzustellen, zum mindesten verfrüht ist — als ein Zeichen gelten, daß es mit dem Ausnahmezustande in Ungarn zu Ende gehe. Es haben über diesen Gegenstand in den letzten Tagen wichtige Beratungen stattgefunden, als deren Resultat wohl schon jetzt die Aufhebung des Ausnahmezustandes betrachtet werden kann, wenn wir gleich noch nicht in der Lage sind, den für dieselbe eingesezten Zeitpunkt anzugeben. Jedenfalls dürfte derselbe jedoch mit diesem oder dem Anfang des nächsten Monates zu Ende gehen.

Donnerstag, den 27. April, wird in der St. Stephanskirche die Seligsprechung des Jesuiten Canisius durch eine Predigt und ein feierliches Hochamt, welches vom Cardinal Kaiserer pontificirt wird, begangen. Abends wird in der Jesuiten-(Universitäts-)Kirche die päpstliche Bulle verlesen, worauf ein feierlicher Pontifical-Segen folgt. Die Festlichkeiten aus Anlaß dieser von der Gesellschaft Jesu so lange ersehnten Seligsprechung werden hierauf in der Universitätskirche an drei Tagen, den 28., 29. und 30. April fortgesetzt werden. Vormittags finden solenne Hochämter statt, welche von Bischöfen oder Prälaten pontificirt werden und Abends um 6 Uhr ist immer feierlicher Segen.

Herr Joseph Rant hat das Decret als Secretär der k. k. Hofoperntheaterdirection erhalten, nachdem er dieses Amt durch 2 1/2 Jahre provisorisch versehen hat. Herr Rant ist auch der ehrenvolle Auftrag geworden, an der k. k. Hofopernschule die in den Statuten vorgeschriebenen Vorträge über Aesthetik, Geschichte und die dahin einschlägigen Gegenstände zu halten.

Großes Aufsehen erregte heute ein an einer der frequentesten Verkehrsadern der Residenz im Laufe des Vormittags verübter Raub und Mordversuch. Die „Corr. Rott.“ schreibt darüber: Nach 10 Uhr fand in dem Gewölbe des Landlers Gottlieb Drift im Freihause an der

3. 7283. Rundmachung. (384. 2-3)

Das Krakauer k. k. Landes- als Preßgericht hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag d. r. k. Staats-Anwaltschaft im Sinne des § 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 7 R. G. B. zu Recht erkannt:

Der Inhalt der Druckschrift: "Odpust zupełny Ojca ś. Piusa IX. i rozpamiętywanie cierniowego męczestwa, jakiego od Moskwy doznaje wierna katolicka Polska — spisał H. War... O. M. — Kraków. Nakładem Franciszka Grzybowski. Wytłoczono u Z. J. Wywiakowskiego 1864" begründe im Sinne des § 66 St. G. im Zusammenhange mit der Just. Min. Verordnung vom 19. October 1860 Z. 233 R. G. B. den Thatbestand des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und gemäß § 305 St. G. das Vergehen der Veröffentlichung von ungefestigten Handlungen und es werde nach § 36 des Preßgesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 6 R. G. B. ihre weitere Verbreitung verboten.

Dargun, m. p.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Krakau, am 20. April 1865.

Skwirczyński, m. p.

Rundmachung. (393. 1)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt über den Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, daß der Inhalt der Druckschrift: "Studien und Erlebnisse eines reisenden Prinzen. Aus dem Arabischen des Verf. für Fep Isulju in drei Bänden. Erster Band: Aegypten, zweiter Band: Süd-Europa, dritter Band: in den Bergen. Leipzig. Verlag von Christian Ernst Kollmann, 1863, Druck von Fischer und Wittig in Leipzig." den Thatbestand des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lit. a. St. G. B. und des Vergehens der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche nach § 303 St. G. B. begründe und verbindet hiemit nach § 36 P. G. das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Wien, am 29. März 1865.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident, Vojšan m. p.

Der k. k. Rathsecretär, Thallinger m. p.

N. 1653/praes. Rundmachung. (394. 1-3)

Zu Folge der Aufkündigung des gegenwärtigen Theater- Directors Herrn Adam Miłaszewski wird das polnische Theater in Krakau vom 1. October 1865 an, auf drei Jahre nach Umständen auf sechs Jahre an einen Unternehmer überlassen werden.

Solide Bewerber, welche sich auch mit dem nötigen Betriebsfonde ausweisen können, wollen ihre diesfälligen Offerte bis Ende Mai d. J. im Präsidial-Bureau der k. k. Statthalterei-Commission einreichen, wo sie auch Auskunft über die Bedingungen der Unternehmung erhalten werden.

Vom k. k. Statthalterei-Commissions-Präsidium. Krakau am 22. April 1865.

L. 1087. Edykt. (381. 1-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie niniejszem wiadomo czyni, że na żądanie p. Stefani Fischer, p. Józefa Brzezińskiego, tudzież p. Antoniego Maleckiego

- 1. na zaspokojenie przyznanej p. Stefani Fischer przeciw p. Melanii i Władysławowi Olearskim wekslowej sumy 5312 zlr. m. k. czyli 5577 zlr. 60 kr. w. a. z procentami po 6% od 30 maja 1859 bieżącemi, tudzież kosztami sporu 28 zlr. 83 kr. w. a. i egzekucyjnymi poprzednio w ilościach 4 zlr. 32 kr. i 5 zlr. 87 kr. w. a. na teraz zaś w ilości 107 zlr. 42 kr. w. a. przyznaniem;
2. na zaspokojenie przyznanych p. Józefowi Brzezińskiemu przeciw p. Melanii i Władysławowi Olearskim następujących sum, a to:

- a) sumy 500 zlr. m. k. w obligacjach pożyczki narodowej z kuponami, z których pierwszy dnia 1 lipca 1860 płatny, wraz z kosztami poprzednio w ilościach 17 zlr. 10 kr., 5 zlr. 32 kr. i 6 zlr. 78 kr. w. a., na teraz zaś w ilości 5 zlr. 31 kr. w. a. przyznaniem;
b) sumy 2000 zlr. m. k. w listach zastawnych galic. z kuponami, z których pierwszy dnia 30 czerwca 1861 płatny i kosztami poprzednio w ilościach 8 zlr. 18 kr. i 5 zlr. 73 kr. w. a., na teraz zaś w ilościach 48 zlr. 5 1/2 kr. w. a. przyznaniem;
c) sumy 1000 zlr. m. k. w obligacjach indemnizacyjnych z kuponami, z których pierwszy dnia 1 listopada 1861 r. płatny i kosztami poprzednio w ilościach 7 zlr. 68 kr. i 5 zlr. 73 kr. w. a., na teraz zaś w ilości 5 zlr. 31 kr. w. a. przyznaniem;
d) na zaspokojenie przyznanych p. Antoniemu Maleickiemu przeciw p. Melanii Olearskiej następujących sum, a to:

- a) sumy 3000 zlr. m. k. w obligacjach indemnizacyjnych z kuponami, z których pierwszy na dniu 1 maja 1859 płatny i kosztami poprzednio w ilościach 25 zlr., 5 zlr. 52 kr. i 7 zlr. 90 kr. w. a. na teraz zaś w ilości 13 zlr. 47 kr. a. w. przyznaniem;
b) sumy 2800 zlr. m. k. czyli 2940 zlr. w. a. z procentami po 5% od 1 lutego 1859 do dnia zapłaty bieżącemi, i kosztami poprzednio

dnio w ilościach 5 zlr. 7 kr. i 4 zlr. w. a., na teraz zaś w ilości 62 zlr. 72 kr. w. a. przyznaniem, przymusowa sprzedaż przez publiczną licytacyę dóbr Wielkie drogi z przyl. Trzebol i Piaski p. Melanii Olearskiej własnych w tutejszym c. k. Sadzie krajowym na dniu 8 czerwca 1865 i 5 lipca 1865 r., zawsze o godzinie 10 przed południem pod następującymi głównymi warunkami odbędzie się: Ceny wywołania stanowią wartość szacunkowa tychże dóbr w sumie 61.296 zlr. 40 kr. w. a., niżej której te dobra w powyższych terminach sprzedane nie zostaną.

Wadyum do rąk komisji licytacyjnej w gotówce lub w obligacjach austr. lub galic. złożyć się mające wynosi 6000 zlr. w. a.

Kupiciel obowiązany będzie 1/3 część ofiarowanej ceny kupna, w które wadyum wliczone być ma, w 30 dniach po dorgczeniu uchwały akt licytacji zatwierdzającej do depozytu sądowego złożyć, poczem mu kupione dobra w fizyczne posiadanie oddane i dekret własności wydany zostanie, resztujące 2/3 części ceny kupna ma kupiciel w 30 dniach po prawomocności tabeli płatniczej i stósownie do takowej zapłacić, tymczasem zaś przypadające procenta 5% do sądowego depozytu składać.

Należytość za przeniesienie własności kupiciel z własnych funduszów, bez potrącenia z ceny kupna zapłacić obowiązany będzie.

Bliższe warunki jakoteż akt oszacowania i wyciąg tabularny mogą w tutejszej registraturze być przejrane.

W razie, gdyby te dobra w powyższych dwóch terminach sprzedane być nie mogły, wznacza się termin na dzień 5 lipca 1865 o godzinie 11 przed południem celem ułożenia lżejszych warunków.

O tej dozwolonej i równocześnie rozpisaney licytacyi zawiadamia się obie strony, tudzież wszystkich wierzycieli tabularnych z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, zaś z miejsca pobytu niewiadomych, mianowicie: Magdaleny Koszlak, Maurycego Epsteina i Hirsza Landaua, tudzież tych, którymby uchwała licytacyi rozpisująca wcale nie, lub za późno dorgczona była, lub też tych, którzyby po wydanym na dniu 1 stycznia 1865 wyciągu tabularnym do hipoteki dóbr Wielkie drogi z przyległ. weszli przez edykta i kuratora w osobie p. adwokata Dra. Schönborna ze zastępstwem p. adwokata Dra. Korcekiego ustanowionego. Kraków, 20. marca 1865.

Ogłoszenie licytacyi. (392. 1-3)

Towary handlu żelaznego firmy „Fr. Hahn i Syn“ sprzedawane będą przez licytacyę od dnia 3 maja r. b. w pierwszym, zaś od dnia 20 maja r. b. w drugim terminie, zawsze w sklepie w głównym rynku pod l. 36 n. od 9 godziny rano, w drugim terminie nawet poniżej ceny szacunkowej. Kraków, 21 kwietnia 1865.

Zuk Skarszewski, notar. jako komisarz sąd.

N. 5071. Rundmachung. (388. 1-3)

Die mit dem obergerichtlichen Erlasse ddo. 6. v. M. Z. 2940 veranlaßte Concurs-Ausschreibung bezüglich der Advocatenstelle in Bochnia wird hiemit widerrufen. Krakau, am 18. April 1865.

N. 870. Edict. (389. 1-3)

Das k. k. Bezirksgericht zu Biala bringt bezugbar des hierseitigen Edictes vom 23. September 1864 Z. 4564 zur allgemeinen Kenntniß, daß zur executiven Veräußerung der Franz Kappel'schen Realität Nr. 235 alt 61 neu in Lipnik der vierte Licitationstermin zum 8. Juni 1865 früh 10 Uhr hiergerichts mit dem Anhang bestimmt sei, daß dieses Reale bei dieser auch unter den mit 4942 fl. 65 fr. 5 W. erhobenen Schätzungswert werde veräußert werden, und daß die erleichternden Bedingungen darin bestehen, daß das Dritttheil der angebotenen Kaufsumme in 30, der Rest aber in 90 Tagen zu erlegen sein, sonst jeder Käufer an Vadium 495 fl. 5 W. zu deponiren haben wird. Biala, am 10. März 1865.

N. 983. Rundmachung. (385. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Untersuchungsgerichte zu Jaslo wird hiemit kundgemacht, daß nach Mitternacht Samstag den 4. Juni 1864 aus dem Expeditionszimmer des hiesigen Postamtes nachstehende Sachen gestohlen worden sind:

- a) ämliche und priv. nicht recommandirte Correspondenzen.
b) 2 Nachthemden für eine Frauensperson mit den Zeichen H. N. von Hausleinwand.
c) 2 berlei Taghemden für dto. mit Zeichen H. N. am Halse herumgestickt, polnisch: dziergane.
d) 3 Mädchenunterrücke für dto. alle weiß, Eins aus Pifa mit krattenartigen Streifen, das zweite aus Perkal, beide neu, das dritte aus Pifa schon abgetragen.
e) 2 Paar Mädchenhosen aus Pifa und Perkal ohne Zeichen.
f) 2 Leintücher, alt, das eine mit einem rothen Zeichen in der Mitte H. das zweite mit schwarzen Zeichen P. N.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Tag, Stunde, Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red., Tempe- ratur nach Reaumant, Relative Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Veränderung d. r. Wärme im Laufe des Tage von | bis

Wiener Börse - Bericht

vom 22. April.

Öffentliche Schuld.

Table with 4 columns: An Oest. B. zu 5% für 100 fl., Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl., Metalliques zu 5% für 100 fl., etc.

B. Der Kronländer.

Table with 4 columns: Grundentlastungs-Obligationen von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl., von Mähren zu 5% für 100 fl., etc.

Actien (pr. St.)

Table with 4 columns: der Nationalbank, der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W., der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl., etc.

Wandbriefe

Table with 4 columns: der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl., auf 6. u. 7. verlosbar zu 5% für 100 fl., etc.

Gold

Table with 4 columns: der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W., Donau-Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft zu 100 fl. öst. W., etc.

Wechsel. 3 Monate.

Table with 4 columns: Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4 1/2%, Frankfurt a. M., für 100 fl. süddent. Währ. 3 1/2%, etc.

Cours der Geldsorten.

Table with 4 columns: Kaiserliche Münz-Dukaten 5 fr., vollw. Dukaten 5 13, Krone 20 Francstücke, etc.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Table with 4 columns: Abgang von Krakau nach Wien 9 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm., nach Breslau, nach Odrau und über Oberberg nach Preußen, etc.

Circus Blennow unterm Castell.

Heute, Montag, den 24. April große Vorstellung der höheren Reitkunst, Gymnastik und Pferde-Dressur. Die vier Schwärtern oder: Die Recrutierung auf dem platten Lande.